

Tull, Denis M.; Weber, Annette

Research Report

Nigeria: Boko Haram und die Regionalisierung des Terrorismus

SWP-Aktuell, No. 29/2015

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Tull, Denis M.; Weber, Annette (2015) : Nigeria: Boko Haram und die Regionalisierung des Terrorismus, SWP-Aktuell, No. 29/2015, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255275>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Nigeria: Boko Haram und die Regionalisierung des Terrorismus

Denis M. Tull / Annette Weber

Die von der Terrormiliz Boko Haram ausgelöste Welle der Gewalt im Nordosten Nigerias und die Regionalisierung des Terrorismus haben die Nachbarländer Tschad, Kamerun und Niger auf den Plan gerufen. Seit März 2015 führen sie Militäroperationen in den Grenzgebieten durch, um die Terroristen zurückzudrängen, teilweise auch auf nigerianischem Territorium. Nigeria und seine Nachbarn haben sich offiziell auf eine multilaterale Militäroperation geeinigt, die Boko Haram neutralisieren soll. Doch aus innenpolitischen Gründen blockiert Nigeria bis heute eine regionale Kooperation. Internationale Unterstützung für die geplante Militäroperation wird vergebens sein, solange Abuja seinen Kurs nicht ändert.

Erklärtes Ziel von Boko Haram ist ein Kalifat in Nigeria und die Vernichtung der politischen Klasse des Landes und aller »Ungläubigen«. Opfer der Anschläge sind vor allem Muslime in der wirtschaftlich marginalisierten Nordostregion Nigerias. Unter Führung von Abubakar Shekau hat sich die Gruppe radikalisiert und auf einen Pfad militärischer und terroristischer Eskalation begeben. Derzeit soll sie bis zu 10 000 Mitglieder haben, darunter zahlreiche zwangsrekrutierte Kinder und Jugendliche. Seit 2009 sind über 10 000 Menschen der Gewalt von Boko Haram und den Sicherheitskräften zum Opfer gefallen, mehr als 1,5 Millionen sind auf der Flucht, rund 150 000 davon in den Nachbarländern. Wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen am 28. März 2015 hat der Islamische Staat (IS) Boko Haram zum Verbündeten erhoben.

Organisation und Hintergründe

Es ist kein Zufall, dass Nigerias Nordosten mit den Bundesstaaten Borno, Adamawa und Yobe das Epizentrum von Boko Haram ist. Die Region weist einige der weltweit schlechtesten wirtschaftlichen Indikatoren auf. Mehr als 70% der Bevölkerung leben in absoluter Armut. Die Analphabetenrate in Borno liegt bei 85%. Der Niedergang lokaler Industrien, etwa der Textilproduktion, hat die Arbeitslosigkeit ebenso verschärft wie die Folgen des Terrors, unter anderem die Schließung der Grenzen oder Ausgangssperren. Boko Harams Agenda greift explizit lokale und nationale Missstände auf. Vor allem die Kritik an der Korruption unter staatlichen Akteuren trifft dabei einen Nerv. Die jihadistische Propaganda, die das Versagen der Politik, aber auch der traditionellen Gesellschaftsmodelle mit einem

Heilsversprechen zu überwinden vorgibt, verfehlt ihre Wirkung nicht. Auf makabre Weise erfolgreich sind auch die zahllosen Anschläge auf zivile Ziele wie Märkte, Bushaltestellen, Schulen sowie religiöse Institutionen, muslimische wie christliche. Seit 2014 galt das Interesse der Organisation verstärkt der territorialen Kontrolle. Koordinierte Angriffe auf Militäreinrichtungen und wichtige Infrastrukturen in Nigeria und Kamerun zeigten, dass Boko Haram auch für konventionelle Kriegsführung gerüstet ist.

Die nigerianische Regierung schwankt zwischen Indifferenz und Repression: Indifferenz, weil Präsident Jonathan nie zu erkennen gab, dass die Terrorbekämpfung nationale Priorität sei; Repression, weil nigerianische Sicherheitskräfte Tausende Zivilisten und mutmaßliche Boko-Haram-Anhänger massakriert haben. Durch ihre Inkompetenz hat die Regierung die Bevölkerung noch weiter gegen sich aufgebracht; schlimmstenfalls hat sie der Terrormiliz weitere Sympathisanten in die Arme getrieben. Die Regierung befördert damit die in Nordnigeria verbreitete Auffassung, die Region werde marginalisiert. Dass Nigeria seit der Demokratisierung 1999 stets (mit Ausnahme der Jahre 2007–2010) von einem aus dem Süden stammenden Präsidenten regiert wird, gilt im Norden als Beleg für diese Schiefelage. Dass Boko Haram bisher nicht ausgeschaltet wurde, wird häufig nicht dem Unvermögen der Regierung zugeschrieben, sondern als politisch motiviert gedeutet. Die Regierung unternehme nichts, weil die Region politisch wie wirtschaftlich bedeutungslos sei.

Nigerias Nachbarn unter Druck

In Anbetracht der Grenzüberschreitungen von Boko Haram ist eine verstärkte militärische Kooperation zwischen den Ländern der Region naheliegend, aber keinesfalls selbstverständlich. Deutlich wurde dies nach dem von Frankreich organisierten Gipfel zu Boko Haram, der am 17. Mai 2014 in Paris stattfand. An ihm nahmen zwar die

Präsidenten aller betroffenen Länder teil. Die umfassenden Beschlüsse – Austausch geheimdienstlicher Informationen, koordinierte Patrouillen, Ressourcen-Pooling und das Bekenntnis zu einer regionalen Strategie der Terrorismusbekämpfung – blieben indes zunächst folgenlos. Dies änderte sich erst im März 2015, als die Anrainerstaaten des Tschadsees Militäroperationen im Nordosten Nigerias sowie in den Grenzgebieten begannen und auch die nigerianische Armee in die Offensive ging. Im Verlauf der letzten Monate hat sich die Bedrohung durch Boko Haram offenbar so weit verschärft, dass die Vorteile regionaler Kooperation die (weiterhin bestehenden) Vorbehalte aufwiegen. Dies gilt zumindest für Nigerias frankophone Nachbarn, die bereits mit der Aufnahme von rund 150 000 nigerianischen Flüchtlingen zu kämpfen haben.

An erster Stelle ist Kamerun zu nennen, dessen Norden seit 2014 regelmäßig Zielscheibe von Boko Haram ist. Dies zwang die behäbige Regierung zu dem Eingeständnis, dass das Treiben der Terrormiliz nicht länger nur ein nigerianisches Problem ist. Kamerun hat sein Militär in der Region durch 2000 Soldaten verstärkt, die sich in den letzten Monaten zahlreiche Gefechte mit Boko Haram geliefert haben. Dabei wurden nach Regierungsangaben mehrere Hundert Terroristen getötet, aber auch einige Dutzend Soldaten der Armee. Durchschlagende Erfolge gelangen jedoch nicht.

Seit Februar 2015 sind auch Niger und Tschad im Visier von Boko Haram. Beide Länder stecken nunmehr im wahrsten Sinne des Wortes in der Klemme: Nördlich ihrer Staatsgebiete drohen unabsehbare Folgen des libyschen Staatszerfalls; im Süden ist mit der Eskalation in Nigeria ein neuer Brennpunkt entstanden. Tschads Hauptstadt ist zudem nur einen Steinwurf vom Operationsgebiet Boko Harams entfernt, und die Wirtschaft des Landes ist vom Gütertransport durch kamerunisches Territorium abhängig (Importe, Pipeline für Ölexporte). Die Beteiligung der drei Nachbarstaaten am Kampf gegen Boko Haram dient klar definierten Interessen. Ihre

Regierungen versprechen sich weitere Vorteile von ihrem Engagement, und zwar mit Blick auf westliche Länder, denn vor allem Frankreich und die USA suchen händelringend nach handlungsfähigen Partnern im Kampf gegen die Ausbreitung des Jihadismus in Afrika. Im Gegenzug verschaffen westliche Staaten fragilen und innenpolitisch angeschlagenen (Niger) und autoritären Regierungen (Kamerun, Tschad) internationale Legitimität und Reputation, aber auch sicherheitspolitischen Nutzen, wie Ausbildung, Training und Rüstungsgüter.

Die Multi-National Joint Task Force

Anfang Februar 2015 beschlossen Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger (plus Benin), eine 8700 Mann starke Multi-National Joint Task Force (MNJTF) auf die Beine zu stellen. Über deren Mandat, Zusammensetzung, Operationskonzept und Ressourcenausstattung wird seitdem zwischen den genannten Staaten, der Afrikanischen Union (AU) und internationalen Partnern (USA, Frankreich, VN) verhandelt. Fest steht bislang, dass die Task Force eine multidimensionale Operation mit militärischen, polizeilichen und zivilen Komponenten sein soll. Die AU-Kommission wirbt internationale Unterstützung für die MNJTF ein, vermittelt aber auch zwischen Nigeria und seinen Nachbarn. Deren bilaterale Beziehungen sind wegen Grenzstreitigkeiten historisch belastet.

Die AU dringt darauf, dass der VN-Sicherheitsrat die MNJTF nach Kapitel VII der VN-Charta mandatieren wird. Gleichzeitig wird erwartet, dass der Sicherheitsrat einen internationalen Fonds einrichtet, um flexible finanzielle und logistische Unterstützung für die Task Force zu mobilisieren. Wie rasch und umfassend diese Hilfe eintreffen wird, hängt freilich von den MNJTF-Staaten selbst ab. Neben der ausstehenden Bereitstellung zugesagter Truppen (Nigeria: 3250 Soldaten, Tschad: 3000, Kamerun: 950, Niger: 750, Benin: 750) ist die größte Hürde für die Funktionsfähigkeit der Task Force das Fehlen eines politischen Konsenses über das gemeinsame Vorgehen.

Nigeria als Blockierer

Über einen Monat nach dem Beschluss zum Aufbau der MNJTF ist ein koordiniertes militärisches Vorgehen der beteiligten Staaten nicht zu erkennen. Während die Zusammenarbeit zwischen Tschad und Kamerun bzw. Niger zufriedenstellend verläuft, verharret der zentrale Akteur Nigeria in Ablehnung. Abuja hat den Partnern offiziell die Erlaubnis verweigert, Mitglieder Boko Harams über die Grenze zu verfolgen oder gar Angriffe in Nigeria selbst zu führen. Zwischen Kamerun und Nigeria wird das wechselseitige Verbot des Grenzübertretts respektiert. Die tschadische Armee hingegen ist seit Februar wiederholt auf nigerianisches Gebiet vorgestoßen, auch gemeinsam mit Truppen aus Niger. Das Schweigen der nigerianischen Regierung zu diesen Aktionen hat innen- und außenpolitische Gründe. Für Nigeria, das sich als Führungs- und Ordnungsmacht in Afrika versteht, ist es eine beispiellose Demütigung, Empfänger militärischen Beistands zu sein – noch dazu seitens frankophoner Staaten, die es traditionell als Vasallen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich betrachtet. Regional und international bedeutet dies einen enormen Ansehensverlust, der durch die Indienstnahme südafrikanischer Söldner noch potenziert wird.

Kurzfristig bestimmen jedoch innenpolitische Erwägungen, namentlich die für den 28. März angesetzten Präsidentschaftswahlen die Haltung der Regierung zur Frage regionaler Kooperation. Daher wird die Regierung die tschadische Intervention gegen Boko Haram auf nigerianischem Territorium unter keinen Umständen öffentlich gutheißen. Dies wäre ein Eingeständnis des eigenen Unvermögens und ein weiteres PR-Desaster für Präsident Jonathan, dessen Aussichten auf eine Wiederwahl ungewiss sind. Dass sein Rivale Muhammadu Buhari ein ehemaliger Militär aus dem Norden Nigerias ist, macht das Dilemma für den Amtsinhaber komplett. Buhari wirbt damit, dass er die militärische Kompetenz besitze, um Boko Haram zu besiegen. Er kann aufgrund seiner Religion und Herkunft im

gesamten Norden als Kandidat gesehen werden, der die Belange der Region zu verteidigen weiß.

Nigerias innenpolitische Konstellation erklärt, warum Abuja die Erfolge der regionalen Partner, insbesondere Tschads, kleinredet. Aus Sicht der Nachbarn, deren Armeen einen hohen Blutzoll entrichten, ist dies freilich eine herabsetzende und respektlose Darstellung, die einer Kooperation im Weg steht. Solange Nigeria keine wirkliche Bereitschaft zu regionaler Zusammenarbeit aufbringt, wird die MNJTF eine kostspielige und ineffektive Operation sein. Ob sich dies nach den Wahlen ändert, ist ungewiss, da ein chaotischer und von Gewalt geprägter Wahlverlauf und -ausgang immer wahrscheinlicher wird.

Unwahrscheinlich ist indes eine militärische Lösung des Boko-Haram-Problems. Kameruns und Nigers Armeen können die Terrormiliz allenfalls eindämmen und auf Nigeria zurückwerfen. Die nigerianischen Truppen haben ihre Unzulänglichkeit hinreichend unter Beweis gestellt. Die wegen ihres Mali-Einsatzes gerühmte tschadische Armee sollte nicht überschätzt werden. Als Teil einer AU-geführten Friedensmission (MISCA) spielten tschadische Truppen 2014 eine eher destabilisierende Rolle in der Zentralafrikanischen Republik. Zudem machten sie sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig, welche die Regierung schließlich veranlassten, die Soldaten aus der Mission abzuziehen.

Ausblick

Den bisher nur symbolischen Anschluss Boko Harams an den IS sollten westliche Staaten nicht durch ein Übermaß an (internationaler) Beachtung oder gar Aktionismus aufwerten. Dies würde den Terroristen in die Hände spielen, deren Ziel es ist, internationale Reputation und Bekanntheit zu erlangen. Mediatisierte Terrorbekämpfung hebt terroristische Gruppen erst auf die internationale Landkarte. Sie produziert eine Sogwirkung, durch die Terrorgruppen

lokal wie international vermehrt Anhänger und Ressourcen mobilisieren können.

Kein Zukunftsszenario mehr ist die bedrohliche Regionalisierung von Boko Haram. Deshalb ist die verstärkte regionale Zusammenarbeit richtig und notwendig. Sie wird allerdings nur effektiv sein, falls Nigeria seine vorbehaltlose Bereitschaft erklärt, mit den Nachbarn zu kooperieren. Westliche Akteure sollten versuchen, die Entwicklung dorthin zu beschleunigen: direkt durch Unterstützung für die MNJTF (Ressourcen, Expertise) sowie diplomatische Überzeugungsarbeit gegenüber Abuja; indirekt durch Abstimmung mit internationalen Partnern, die ebenfalls auf Nigeria einwirken können, vor allem mit der AU, der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und den VN. Nur wenn Boko Haram zügig eingedämmt wird, kann verhindert werden, dass die Regionalisierung des Terrors, beflügelt vom Beitritt zum IS, weitere Kreise zieht. Zu befürchten ist beispielsweise, dass Jihadisten aus Libyen und Sudan sowie weiter entfernten Ländern nach Nigeria ziehen und dass Nigerianer sich vermehrt anderen Operationen anschließen.

Eine mittel- und langfristige Neutralisierung Boko Harams erfordert zudem politische und wirtschaftliche Ansätze. Notwendig ist es, die Marginalisierung von Nigerias Norden bzw. Nordosten mit Hilfe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Inklusion zu überwinden. Dazu zählen Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, Ausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme und Maßnahmen zur Belebung der lokalen Wirtschaft. Um gesellschaftliche Strukturen zu stärken, ist es unabdingbar, religiöse Bildungs- und Versöhnungsinitiativen zu unterstützen. Auch Amnestieprogramme für Boko-Haram-Mitglieder und die Wiederaufnahme politischer Verhandlungen sollten erneut geprüft werden. Und schließlich gilt es, Sicherheitskräfte mit Blick auf die Einhaltung von Menschenrechten zu schulen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors und der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Lektüreempfehlung

Guido Steinberg /
Annette Weber (Hg.)
Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen
SWP-Studie 7/2015, März 2015